

slosigk

orge → 45% (+9)

swesen → 41% (+5)

Credit Suisse

Sorgenbarometer 2010

bulletin

plus



Sie wollen einen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft leisten?

ACCENTUS: Die gemeinnützige Stiftung für

Sozial-Humanitäres

Kultur

Ökologie

Medizin

Ausbildung

Wissenschaft und Forschung

 **ACCENTUS**

Sie helfen, mit einer Schenkung, einem Legat oder einer Erbeinsetzung einen Teil unserer Welt zu bewegen.

Wir sind gerne für Sie da und freuen uns auf Ihre Kontaktnahme:
Gemeinnützige Stiftung ACCENTUS, Schanzeneggstrasse 3, CH – 8070 Zürich
Telefon +41 44 333 03 33, Telefax +41 44 333 03 99, www.accentus.ch, info@accentus.ch

ACCENTUS wird unterstützt durch die Credit Suisse

Editorial **Hans-Ulrich Meister**
CEO Credit Suisse Schweiz



Gute Chancen für eine erfolgreiche Zukunft der Schweiz

Die Schweiz hat die wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen der vergangenen zwei Jahre überwunden, auch mental. Und sie sieht mit Zuversicht in die Zukunft. So lautet das positive Fazit der diesjährigen Sorgenbarometer-Umfrage der Credit Suisse. Trotz der seit Jahren dominierenden Sorgen um die Arbeitslosigkeit, die Altersvorsorge und das Gesundheitswesen ist das Vertrauen der Stimmberechtigten in die wichtigsten Akteure unseres Landes gesamthaft so hoch wie noch nie. Und 83 Prozent – mehr denn je – gehen davon aus, dass ihre persönliche wirtschaftliche Situation in den nächsten zwölf Monaten stabil bleiben wird.

Ein starkes Signal ist auch das gestiegene Vertrauen in die Wirtschaft. Mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit finden sich 2010 keine Wirtschaftsthemen mehr auf den vordersten Rängen des Sorgenbarometers. Nicht einmal halb so viele Befragte wie im Vorjahr stufen die Finanzkrise als eines der fünf wichtigsten Probleme ein. Ebenso deutlich gesunken sind die Sorgen um die Wirtschaftsentwicklung. Gleichzeitig ist das Vertrauen gegenüber den Banken und damit auch gegenüber dem Finanzplatz gewachsen und wieder so hoch wie 2007.

Ernst zu nehmen gilt es jedoch auch zwei andere Entwicklungen, die aufgrund der Langzeitbeobachtung des Sorgenbarometers offensichtlich werden: Die wachsenden Sorgen um die Sicherheit sowie die Ausländerintegration und EU. Denn zum einen ist ein intaktes Sicherheitsgefühl zentral für den Glauben an eine positive Zukunft und eine wichtige Voraussetzung für langfristige Investitionen. Zum anderen ist Offenheit ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportindustrie und der international tätigen Firmen.

Sicherheit und Weltoffenheit gehören zu den grossen Stärken der Schweiz, die es zu bewahren gilt. Zusammen mit der stabilisierten Wirtschaft und der verbesserten Stimmungslage bieten sie uns heute die grosse Chance, die Schweiz erfolgreich in die Zukunft zu führen.

Impressum

Herausgeber Credit Suisse AG, Postfach 2,
8070 Zürich

Redaktion Group Communications/bulletin:
Michael Krobath (Projektleitung),
Andreas Schiendorfer, Daniel Huber;
Public Policy: Urs Reich

Internet www.credit-suisse.com/bulletin

Marketing Veronica Zimnic

Gestaltung Arnold. Inhalt und Form, Stäfa ZH,
Michael Suter, Maja Davé, Alice Kälin
Karin Cappellazzo (Projektleitung)

Druck Swissprinters Zürich AG

Übersetzungen Credit Suisse Language Services

Lektorat Claudia Marolf, notabene

Fotografen Credit Suisse (Seite 3),
Martin Stollenwerk (Seite 14)



2010



Credit Suisse
Sorgenbarometer 2010

Wirtschaftsoptimismus, aber Sicherheitsängste

Trotz grosser Sorgen um die Arbeitslosigkeit ist das Vertrauen der Schweizer Stimmbevölkerung in die Wirtschaft gesamthaft gestiegen und erreicht wieder die Werte von vor der Krise. Zunehmend kritisch beurteilt werden hingegen die Probleme der sozialen und persönlichen Sicherheit. Ebenfalls deutlich gewachsen sind die Sorgen im Zusammenhang mit der Europäischen Union und der Integration von Ausländern.

Arbeitslosigkeit → 76% (+10)

Altersvorsorge → 45% (+9)

Gesundheitswesen → 41% (+5)

Soziale Sicherheit → 37% (+6)

Ausländer → 31% (+8)

Persönliche Sicherheit → 28% (+3)

EU/Bilaterale → 23% (+11)

Flüchtlinge → 19% (+2)

Neue Armut → 18% (-4)

Umweltschutz → 18% (+1)

Inflation → 15% (+1)

Globalisierung → 14% (+3)

Finanzkrise → 13% (-16)

Wirtschaftskrise → 12% (-15)

Energie → 11% (+2)

Reform des Staates → 10% (+3)

Bundesfinanzen → 10% (-2)

Drogen → 8% (-1)

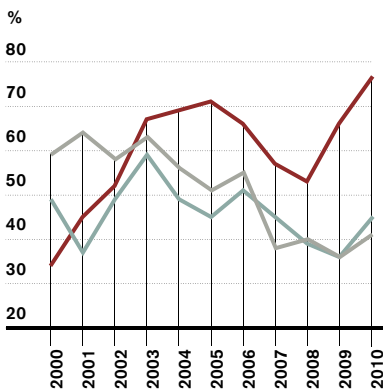
Armee → 7% (+1)

Löhne → 7% (-9)

→ Erhebung 2010 (Erhebung 2009)

Die drei Hauptsorgen

Die traditionellen Hauptsorgen liegen auch 2010 an der Spitze. Aber im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit nehmen die Sorgen um die Altersvorsorge und das Gesundheitswesen im Langzeitvergleich eher ab.



Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit
Gesundheit/Krankenkasse/Prämien
AHV/Altersvorsorge

Probleme der Zukunft

«Welches sind in zehn Jahren Ihrer Meinung nach die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz?» (Mehrfachnennungen)

Arbeitslosigkeit → 62%
Altersvorsorge → 39%
Gesundheitswesen → 34%
Ausländer → 31%
Neue Armut → 31%

→ Erhebung 2010

Zwei Jahre nach Ausbruch der Wirtschaftskrise lichtet sich der Nebel und es zeigt sich, dass die Schweiz die Turbulenzen im internationalen Vergleich gut gemeistert hat. Wie aber ist die Stimmungslage der Stimmbevölkerung? Ist wieder der «courant normal» eingeleitet oder hat die Krise ihre Spuren hinterlassen? Aufschlussreiche Antworten dazu liefert die 34. Sorgenbarometer-Umfrage der Credit Suisse, die im August/September 2010 durchgeführt wurde.

Top drei bleiben unverändert

Deutliche Hauptsorge der Schweizer Stimmberechtigten ist auch 2010 die Arbeitslosigkeit. 76 Prozent sehen sie als wichtigstes Problem, 10 Prozent mehr als 2009 und gar 23 Prozent mehr als 2008. Obwohl sich die realen Arbeitslosenzahlen seit Jahresbeginn kontinuierlich verringert haben, erreicht die Sorge um die Arbeitslosigkeit damit den höchsten Wert in dieser Dekade und nähert sich langsam dem Rekordwert von 89 Prozent im Jahr 1993. Dürfte das Resultat durch den zur Zeit der Umfrage geführten Abstimmungskampf um die ALV-Revision beeinflusst worden sein, so scheint hier eine gewisse Verunsicherung durch die Wirtschaftskrise nachzuwirken. Auf den Rängen zwei und drei folgen traditionsgemäss die Sorgen um die verschiedenen Sozialwerke und Versicherungen. Zwar haben die Altersvorsorge (45%/+9%) und das Gesundheitswesen (41%/+5%) gegenüber 2009 leicht zugelegt, doch im Langzeitvergleich nehmen sie eher ab und kommen aktuell auf tiefere Werte als beispielsweise noch 2003 (siehe Grafik links oben).

Sicherheit verstärkt ein Problem

Trotz der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko sind die Sorgen um den Umweltschutz (18%/+1%) kaum gestiegen. Über die letzten Jahre verschärft haben sich hingegen die Probleme rund um das Thema Sicherheit (siehe Grafik auf S. 7). Die Sorge um die soziale Sicherheit, also

die Sicherung der Sozialwerke AHV und IV, erreichte in den letzten beiden Jahren mit 31 Prozent (2009) und 37 Prozent (2010) klare Rekordwerte. Ähnlich entwickelte sich die Problemwahrnehmung der persönlichen Sicherheit im Bereich von Kriminalität und Gewalt, die seit 2007 deutlich gestiegen ist. Auch 2010 liegt sie mit 28 Prozent weit über dem Durchschnittswert von 15 Prozent der Jahre 1996 bis 2006. Die Wahrnehmung ist stark sprachkulturell geprägt und in der deutschsprachigen Schweiz fast dreimal höher als im französischsprachigen Landesteil.

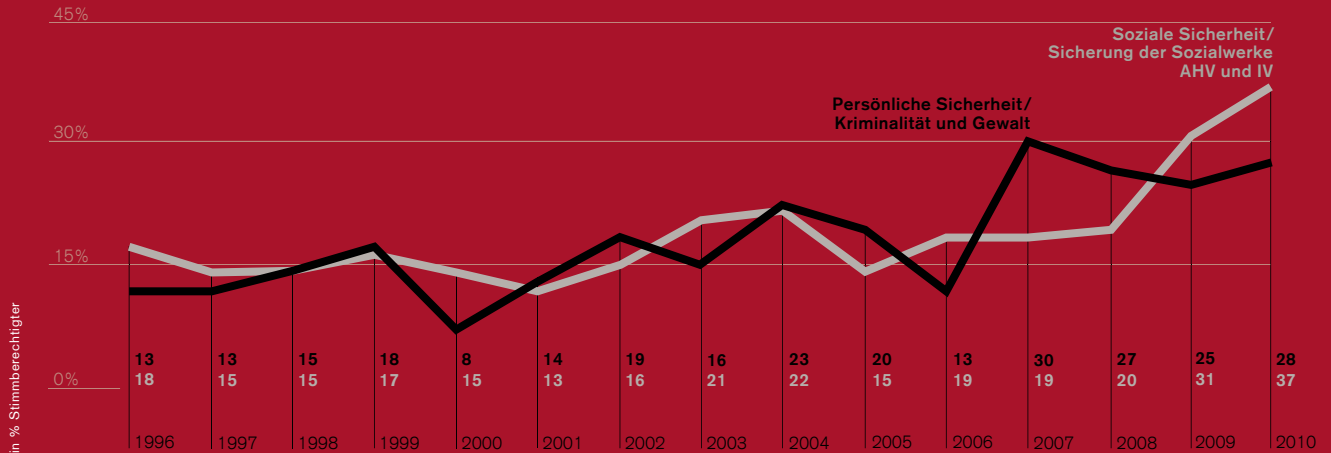
Ebenfalls zugenommen haben die Sorgen bezüglich der Ausländer und der EU (siehe Grafik auf S. 7). Der Themenbereich Ausländerintegration/Personenfreizügigkeit stieg von Rang 8 auf Rang 5 auf dem Sorgenbarometer und erreicht mit 31 Prozent (+8%) den zweithöchsten Wert seit 1995. Besonders ausgeprägt ist die Sorge bei politisch rechts positionierten Stimmbürgern, dort wiederum bei alten Menschen sowie bei Personen im mittleren Alter, die eher zum oberen Mittelstand zählen. Die Problematisierung der Ausländerfrage, ein klassisches Unterschichtenphänomen, hat damit den bürgerlichen Mittelstand erreicht, was auf eine Reaktion auf die zunehmende Migration gut qualifizierter Arbeitskräfte hindeutet.

Sorge um EU wächst

Innert Jahresfrist gar noch mehr gestiegen ist die Sorge bezüglich der EU. Mit 23 Prozent (+11%) macht sie von Rang 15 auf Rang 7 den grössten Sprung der meistgenannten Probleme. Zwar liegt dieser Wert noch weit hinter jenen der späten 1990er-Jahre (Höchststand 1995: 48%), doch erstmals seit zehn Jahren gewinnt die Europafrage wieder deutlich an Virulenz. Nach wie vor, wenn auch weniger deutlich als früher, übertrifft die Europaskepsis der Deutschschweizer jene der Romands. Bemerkenswert ist aber, dass sie in der Deutschschweiz unter den gut verdienenden Gross- >

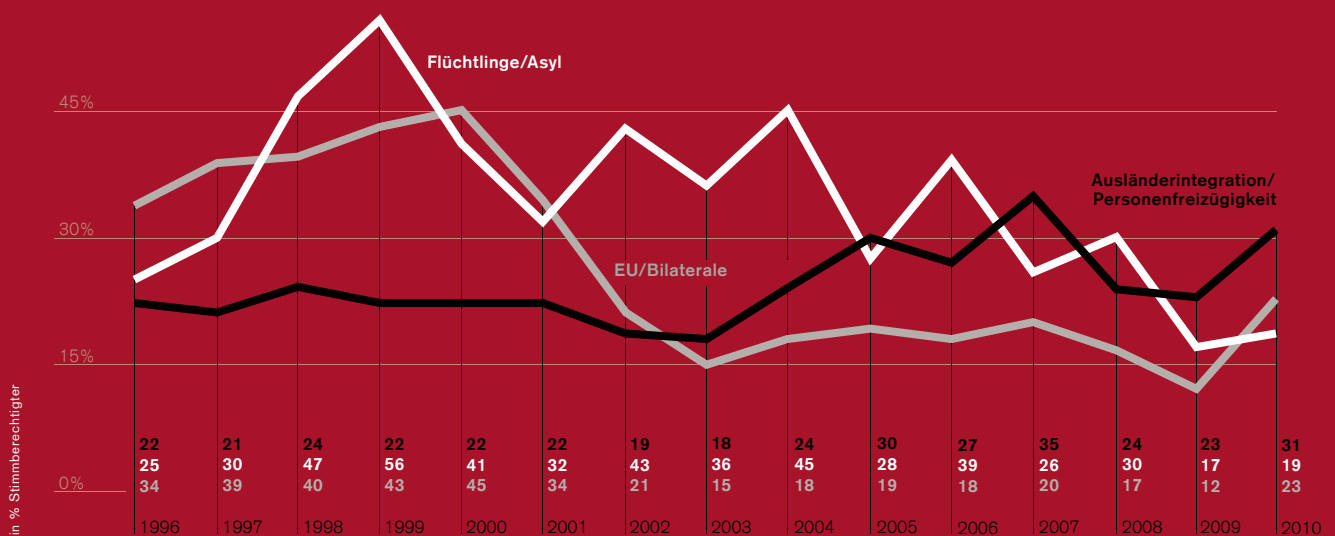
Sicherheitsgefühl nimmt ab

Galt die Schweiz bis anhin als ein Hort der Sicherheit, so scheint diese Wahrnehmung zunehmend ins Wanken zu geraten. Sowohl die Sorgen um die soziale wie auch um die persönliche Sicherheit sind seit Beginn der Wirtschaftskrise deutlich auf Rekordwerte gestiegen.



Verlagerung der Migrationsdebatte

In der Debatte um die Ausländer zeichnet sich eine Verlagerung ab. Ist die Sorge bezüglich der Flüchtlinge in den letzten Jahren stark gesunken, so erreicht der Problembereich Ausländerintegration/Personenfreizügigkeit seit 2005 erhöhte Werte. Zunehmend an Dringlichkeit gewinnt auch wieder die Europafrage.



städtern am stärksten verbreitet ist. Da sich die Problemwahrnehmung rund um Flüchtlinge und Asyl im Gegensatz zu Europa und der Ausländerintegration gegenläufig entwickelt und langfristig stark abgenommen hat (1998: 56%/2010: 19%), zeichnet sich hier eine Verlagerung der Migrationsdebatte ab.

Wachsender Wirtschaftsoptimismus

Deutlich optimistischer als im Vorjahr fällt hingegen die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Lage aus. Mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit sind sämtliche Probleme rund um die Wirtschaftskrise nicht mehr auf den vordersten Rängen des Sorgenbarometers vertreten und auch die Konjunktursorgen scheinen nicht sonderlich dringlich. Nur noch 13 Prozent (–16%) – nicht einmal halb so viele Befragte wie im Vorjahr – stufen die Finanzkrise als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ein. Ebenso stark gesunken sind die Sorgen um die Wirtschaftsentwicklung (12%/–15%). Mit nur noch gerade 7 Prozent (–9%) ist das Thema Löhne gar auf einen Tiefstand gefallen. Einzig die Sorge um die Inflation erreicht mit 15 Prozent (+1%) den Vorjahreswert.

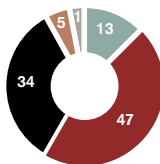
Persönliche ökonomische Lage stabil

Die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation der Stimmberechtigten fällt nach wie vor mehrheitlich positiv aus (siehe Grafik rechts). 60 Prozent bezeichnen ihre individuelle Situation als «gut» bis «sehr gut», 34 Prozent als «recht» und nur gerade 5 Prozent als «schlecht». Diese Werte sind über die Jahre stabil, selbst die Weltwirtschaftskrise hat sich darauf praktisch nicht ausgewirkt. Verhaltener Optimismus zeigt sich bei der Frage nach der künftigen individuellen Wirtschaftslage. Nur noch 5 Prozent gehen von einer Verschlechterung in den nächsten zwölf Monaten aus, halb so viele wie noch vor einem Jahr. Der Anteil der Pessimisten ist somit erstmals seit 2007 wieder gesunken. Die klare Mehrheit (83%) und damit mehr

Optimistischere Einschätzung der Wirtschaftslage

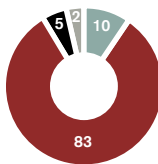
Die individuelle wie auch die allgemeine ökonomische Situation werden positiver beurteilt als im Vorjahr. Gestiegen ist auch der Optimismus bezüglich der Zukunft.

Aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage



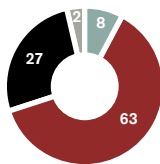
«Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?»
 sehr gut
 gut
 recht
 schlecht
 keine Antwort

Kommende individuelle wirtschaftliche Lage



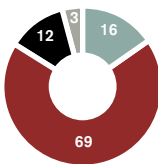
«Wenn Sie an die nächsten zwölf Monate denken, was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen gehen wird?»
 besser als jetzt
 gleich wie jetzt
 schlechter als jetzt
 keine Antwort

Aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage



«Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt?»
 verbessert
 gleich geblieben
 verschlechtert
 keine Antwort

Kommende allgemeine wirtschaftliche Lage

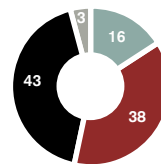


«Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten entwickeln?»
 verbessern
 gleich bleiben
 verschlechtern
 keine Antwort

Ist auf Politik und Wirtschaft Verlass?

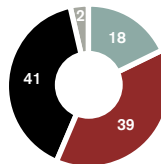
Eine klare Mehrheit findet, dass die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft meist richtig entscheiden.

Politikversagen



«Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen?»
 nie
 oft
 selten
 keine Antwort

Wirtschaftsversagen



«Wie oft haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen?»
 nie
 oft
 selten
 keine Antwort

Die Sorgenbarometer-Umfrage 2010 Im Auftrag des bulletin der Credit Suisse hat das Forschungsinstitut gfs.bern zwischen 30. August und 18. September 2010 mit 1010 repräsentativ ausgewählten Stimmberechtigten persönliche Interviews geführt. Der statistische Stichprobenfehler liegt bei +/- 3,1 Prozent. Das gfs.bern-Projektteam verfasste unter der Leitung von Claude Longchamp den Sorgenbarometer-Bericht «Sichtbare politische Hände erwünscht».

Der Bericht sowie zahlreiche zusätzliche Grafiken können unter www.credit-suisse.com/sorgenbarometer eingesehen und mit früheren Untersuchungen verglichen werden.

denn je, gehen davon aus, dass ihre wirtschaftliche Situation stabil bleiben wird. Bezüglich der Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage lässt sich gar eine deutliche Entspannung feststellen. Nach den Einbrüchen 2008 und 2009 bewegt sich diese 2010 fast wieder auf dem Niveau von vor der Krise. Wesentlich mehr Stimmbürger (+13%) schätzen die Wirtschaftslage stabil ein, deutlich weniger (-17%) finden, sie habe sich verschlechtert, und 8 Prozent (+3%) sehen eine Verbesserung. Positiv ist auch die Beurteilung der Zukunft: 69 Prozent (+14%) rechnen für die kommenden 12 Monate mit einer Stabilität der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, nur noch 12 Prozent, und damit halb so viele wie 2009, rechnen mit einer Verschlechterung.

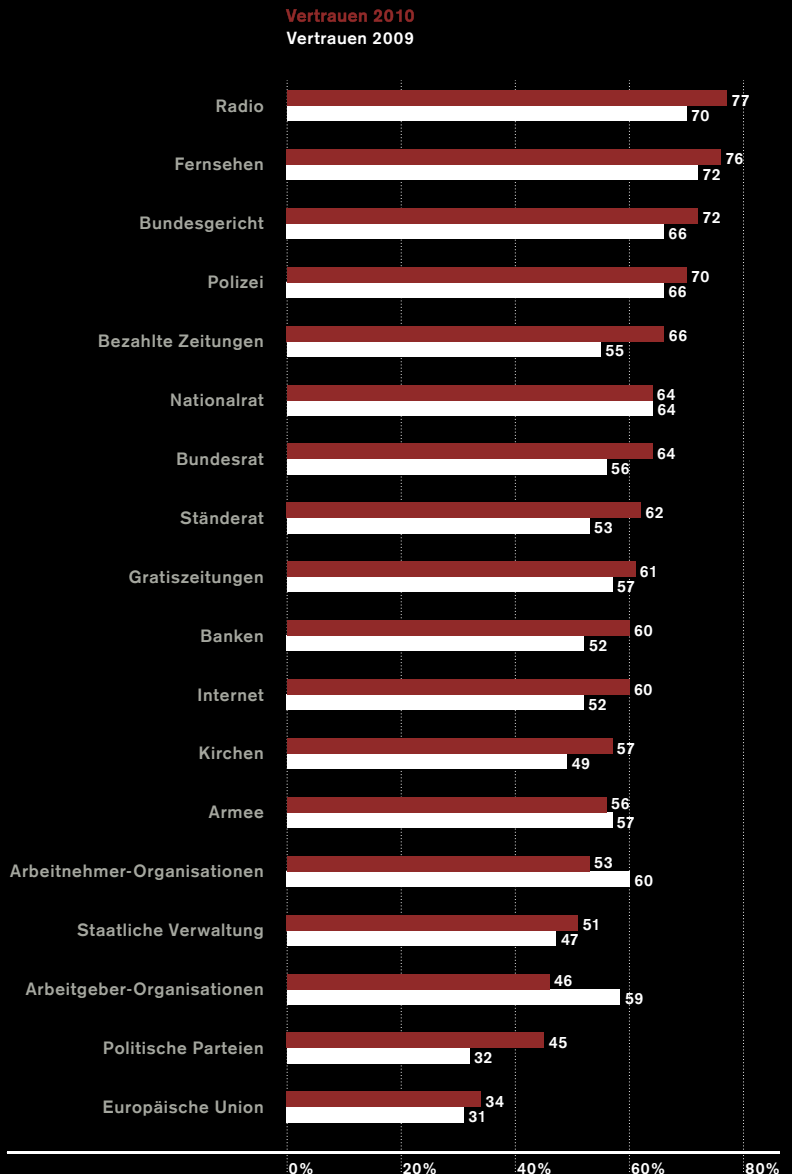
Vertrauen weiter gestiegen

Hatte der Konjkturreinbruch in der Dot-com-Krise Anfang dieses Jahrzehnts das Vertrauen in Politik und Wirtschaft noch massiv erschüttert, so hat dieses in der Finanzkrise relativ wenig gelitten. Es lag jeweils über dem Durchschnittswert der letzten 15 Jahre, so auch 2010. Finden 41 Prozent der Stimmbürger, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen nur «selten», so glauben 39 Prozent, sie versage «oft». Fast identisch ist das Gefühl bezüglich der Politik: 43 Prozent der Stimmbürger meinen, diese versage «selten», 38 Prozent sind der Ansicht, sie versage «oft».

Auch das Vertrauen der Schweizer Stimmberechtigten gegenüber den einzelnen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hat die Krise gesamthaft nicht tangiert und gegenüber dem Vorjahr ist es sogar noch einmal gestiegen (siehe Grafik rechts). Wiederum stehen 2010 mit dem Radio und Fernsehen zwei Medien an oberster Stelle, gefolgt von den beiden staatlichen Organisationen Bundesgericht und Polizei und einem politischen Block mit dem Nationalrat, Bundesrat und Ständerat. Klar gestiegen ist das Vertrauen in die Kirchen, das mit 57 Prozent einen Rekordwert >

Wem die Schweizerinnen und Schweizer vertrauen

Das Vertrauen in die massgeblichen Akteure ist gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegen. An der Spitze liegen die Medien, gefolgt von der Justiz und dem Parlament sowie dem Bundesrat. Höher denn je ist das Vertrauen in die Kirchen, während den Banken wieder gleich stark vertraut wird wie vor der Krise. Einen Vertrauensverlust erlitten einzig die Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen.



erreicht. Gewachsen ist auch das Vertrauen gegenüber den Banken, das mit 60 Prozent wieder auf dem Stand von vor der Krise angelangt ist. Einen realen Vertrauensverlust gegenüber 2009 erlitten lediglich die Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen (je -7%). Am wenigsten Vertrauen geniesst weiterhin die EU, wobei dieses seit 2006 kontinuierlich gewachsen ist und 2010 ebenfalls einen Höchstwert erreicht.

Kein Volkszorn gegenüber Akteuren

2010 erstmals erfragt wurden auch die Emotionen gegenüber den Akteuren. Denn Wut, so zeigt die Tea-Party-Bewegung in den USA, scheint eine neue treibende Kraft in öffentlichen Debatten zu sein und kann für politische Kampagnen instrumentalisiert werden. Das Gefühlsbarometer zeigt jedoch keine relevanten Abweichungen gegenüber dem Vertrauensbarometer. Allen Medien gegenüber ist man freundlich gesinnt, staatliche Institutionen liegen im Mittelfeld und wirtschaftliche Akteure, politische Parteien und die EU sind eher auf den hinteren Rängen zu finden. Bemerkenswert ist jedoch, dass keiner der untersuchten Akteure bei den Stimmberechtigten negative Emotionen schürt. Ein Hinweis darauf, dass sich in der Schweiz ein allfälliger Volkszorn eher in einzelnen Abstimmungen äussert.

Zuversicht mit Einschränkung

Gesamthaft betrachtet lässt sich 2010 eine positive Stimmungslage der Schweizerinnen und Schweizer feststellen. Bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung herrscht Zuversicht, das Vertrauen in die Akteure ist gross. Die Krise hat jedoch Spuren hinterlassen. Zum einen scheint man sich tendenziell weniger in Sicherheit zu wiegen als noch vor einigen Jahren. Zum anderen deuten die wachsenden Sorgen im Zusammenhang mit den Ausländern und der EU auf ein zunehmendes Gefühl der Gefährdung der nationalen Identität. Die Zuversicht, dass die Schweiz ihre Probleme selber bewältigen kann, bleibt aber intakt.

Michael Krobath

Spezialauswertung Sprachregionen

Le «Röstigraben» – gibt es ihn wirklich?

Die Schweiz definiert sich als Willensnation, in der verschiedene Kulturen friedlich zusammenleben und die sich im Idealfall gegenseitig ergänzen. Bei Volksabstimmungen lässt sich nicht selten ein unterschiedliches Stimmverhalten in den drei Sprachregionen feststellen. Wie sieht es beim Sorgenbarometer aus?

Stellen wir zunächst die Vertrauensfrage! Generell fällt auf, dass die italienischsprachigen Schweizer den 18 untersuchten Akteuren signifikant mehr Vertrauen entgegenbringen als ihre Miteidgenossen. Im Durchschnitt sprechen 83 Prozent der Tessiner den Akteuren ihr Vertrauen aus, bei den deutschsprachigen Schweizerinnen und Schweizern sind es 63 Prozent; bei den Romands hingegen herrscht bei einer Vertrauensquote von 46 Prozent bedeutend mehr Skepsis vor. Der Landesdurchschnitt beträgt insgesamt hohe 60 Prozent.

Nur bei zwei Institutionen beträgt der Unterschied innerhalb der lateinischen Schweiz weniger als 30 Prozent: Bei der Beurteilung der Kirchen und der Europäischen Union rücken Romands und Tessiner etwas näher zusammen. Und nur ein einziges Mal, wiederum bei der Europäischen Union, wird das oben skizzierte regional geprägte Vertrauensschema durchbrochen. 32 Prozent der Deutschschweizer sprechen der EU ihr Vertrauen aus, in der Romandie sind es mit 35 Prozent etwas mehr – aber vielleicht doch eher weniger als erwartet. Im Tessin hingegen finden wir mit 60 Prozent eine satte Mehrheit. Diesen Befund muss man allerdings insofern relativieren, als es sich für das Tessin genauso wie für die Deutschschweiz um den relativ betrachtet tiefsten Vertrauenswert handelt. Die Romands hingegen stehen den Banken (34%), den

Arbeitgebern (30%), den politischen Parteien (30%) und der Armee (29%) noch skeptischer als der EU gegenüber.

Die Schweizer Bevölkerung hat erkannt, dass das Verhältnis zur Europäischen Union neu überdacht werden muss (siehe Seite 6). Wohin jedoch die Reise geht, kann nicht gesagt werden. Es kann weder von einer landesweiten Vertrauenswelle gegenüber der EU (34%) noch von einer sprachregionalen Vertrauensbasis gesprochen werden.

Deutschschweiz stützt Bundesgericht

Die Deutschschweizer Mehrheit prägt im Normalfall den Gesamtdurchschnitt. Nur in drei Fällen weicht sie von diesem um mehr als fünf Prozent nach oben ab: bei Bundesgericht (78%), Banken (68%) und Armee (63%). In diesen drei Fällen beträgt die Differenz zwischen der Deutsch- und der Westschweiz jeweils mehr als 30 Prozent; beim Vertrauensverhältnis zu den Arbeitgeber-Organisationen und Kirchen sowie beim Internet übersteigt die Abweichung ebenfalls 20 Prozent. Von einem Graben muss man nicht sprechen, aber der Vertrauensmalus in der Westschweiz ist in diesen fünf Fällen doch markant.

Schliesslich sei auf die phänomenal hohe Tessiner Vertrauensquote gegenüber Polizei (98%), Radio und Fernsehen (je 96%), Gratiszeitungen (94%), staatlicher Verwaltung (92% bei einem Durchschnitt von 51%!) sowie National-

rat und Bundesgericht (je 90%) hingewiesen. Auch wenn diese Werte nicht als repräsentativ gelten, dürfen die Mitarbeitenden dieser Institutionen doch stolz auf das ihnen entgegengebrachte Vertrauen sein.

Wirtschaftsoptimismus in der Romandie

Bevor wir uns den Problemen zuwenden, welche die drei Sprachgruppen besonders beschäftigen, sei ein kurzer Blick auf die Einschätzung der Wirtschaftslage geworfen. Was ihre individuelle Situation anbelangt, stufen deutlich mehr Deutschschweizer ihre Lage als «sehr gut» ein als Tessiner und Romands (16 gegenüber je 4%). Die meisten Befragten bezeichnen ihre Situation als «gut» beziehungsweise «recht», wobei in der Romandie letztere, negativere Einstufung vergleichsweise hoch ist. Von dieser Ausgangslage aus blickt aber ein Sechstel aller Westschweizer optimistisch in die Zukunft: 16 Prozent glauben, dass es ihnen innert Jahresfrist besser gehen wird, in den anderen Sprachregionen sind es nur halb so viele.

Auch hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage schlägt ein kritischer Rückblick tendenziell in einen eher optimistischen Ausblick um: Während dreimal mehr Schweizer mit Bezug auf die letzten 12 Monate eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung der Situation erkennen, rechnen durchschnittlich 16 Prozent mit einer künftigen Verbesserung und «nur» 12 Prozent mit einer Verschlechterung. Sprachregional sind kaum Unterschiede zu erkennen. In der Romandie stellen wir, ausgehend von einer kritischeren Analyse, etwas mehr Zukunftsoptimismus als in der Deutschschweiz (20% gegenüber 15%) fest, doch ist die Zahl der Pessimisten praktisch gleich hoch (12% gegenüber 13%).

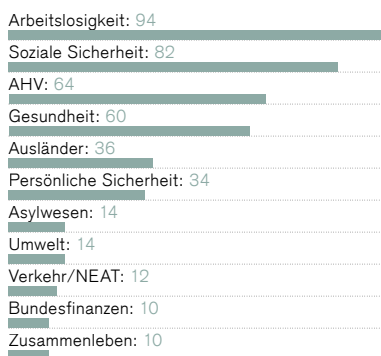
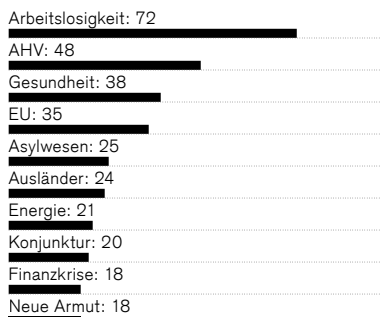
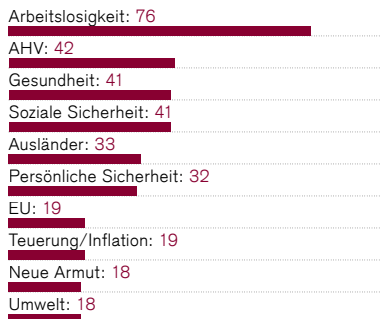
Tessiner Sorgen um Zusammenleben

In allen drei Sprachregionen sind die Hauptsorgen ähnlich. Unangefochtener Spitzenreiter ist überall die Arbeitslosigkeit, mit deutlichem Ausschlag nach >

Hauptsorgen: kleine, aber bedeutsame Unterschiede

Die zehn wichtigsten Probleme aufgeschlüsselt nach den drei Sprachregionen. Der Landesdurchschnitt wird auf Seite 5 abgebildet.

Deutsch Französisch Italienisch

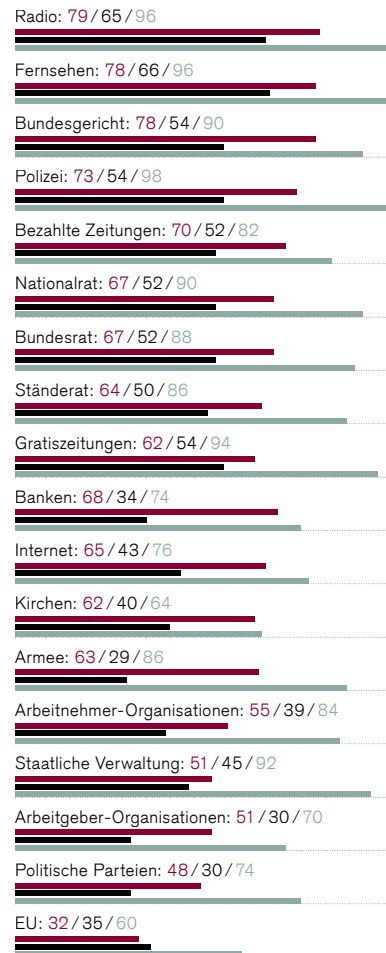


Angaben in %

Wem die Sprachregionen ihr Vertrauen schenken

In allen Landesteilen schenken die Stimmbürger Radio und Fernsehen hohes Vertrauen. Der Landesdurchschnitt wird auf Seite 9 abgebildet.

Deutsch Französisch Italienisch



Angaben in %

Für das Sorgenbarometer wurden 760 deutschsprachige, 250 französischsprachige sowie 50 italienischsprachige Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger befragt. Während der statistische Stichprobenfehler insgesamt bei +/- 3,1 Prozent liegt, steigt er bei nur 250 Befragten auf 6,3 Prozent und bei 50 Befragten sogar auf 14,1 Prozent. Die Aussagen sind daher nicht wissenschaftlich repräsentativ!

oben im Tessin (94%) und, vielleicht etwas überraschend, einer tieferen Quote in der Westschweiz als in der Deutschschweiz (72% gegenüber 76%). Mit Blick in die Zukunft glaubt man in der Deutschschweiz (62%) und in der Westschweiz (57%) an eine leichte Entschärfung der Situation auf dem Arbeitsmarkt; im Tessin hingegen bleibt die Sorge um die Arbeitsplätze auch für das Jahr 2020 unvermindert hoch (92%).

Auf den Podestplätzen folgen wie gewohnt AHV und Gesundheit; einzig im Tessin hat sich die soziale Sicherheit (82%) auf Platz zwei dazwischengeschoben.

Gegenüber dem Gesamtdurchschnitt hat es in der Deutschschweiz der Problembereich «Teuerung/Inflation» (Rang 8) in die Top Ten geschafft, dies auf Kosten des Asyl- und Flüchtlingswesens. In der Romandie haben Energie (Rang 7), Konjunktur (Rang 8) und Finanzkrise (Rang 9) die Bereiche Umwelt sowie persönliche und soziale Sicherheit verdrängt. Im Tessin fielen Europäische Union und neue Armut aus den Top Ten und wurden durch Verkehr/NEAT (Rang 9) sowie Bundesfinanzen beziehungsweise Zusammenleben (je Rang 10) ersetzt.

Es sieht so aus, als ob man sich in der Südschweiz keineswegs nur Vorteile von der NEAT verspricht. Besteht da die Angst, dass es die Reisenden ins näher gerückte Mailand zieht? Dass 10 Prozent das guteidgenössische Zusammenleben mit Sorge betrachten, muss ebenfalls nachdenklich stimmen, umso mehr, als sich der Wert mit Blick auf die Situation 2020 sogar verdoppelt. Die Energieversorgung wird in der Westschweiz als Problem betrachtet (21%). Mit Blick auf die Zukunft verschärft es sich sogar (26%) und taucht dann auch im Tessin in den Top Ten auf (22%). In der Deutschschweiz hingegen scheint der Umgang mit dem Peak Oil und generell mit der Verknappung der erneuerbaren Energien verdrängt zu werden, vielleicht deshalb, weil man sich hinsichtlich der Kernenergie und der Frage der Lagerung der radioaktiven Abfälle uneins ist. **sch**

Spezialauswertung Generationen

Wie die Alten, so die Jungen – oder doch nicht?

Sind die Sorgen der 18- bis 29-jährigen Schweizer Jugendlichen anders als jene der Senioren? Lässt sich ein Generationenkonflikt erkennen und ist damit die fortschreitende Überalterung des Landes ebenfalls eine ernst zu nehmende Hauptsorge?

Die Arbeitslosigkeit beschäftigt alle Schweizerinnen und Schweizer – mit zunehmendem Alter allerdings etwas weniger. 85 Prozent der Jugendlichen, das heisst der 18- bis 29-Jährigen, bezeichnen sie als eine der fünf Hauptprobleme des Landes. Bei den «Middle Ager», also den 40- bis 50-Jährigen, sind es 75 Prozent und bei den Senioren – den über 70-Jährigen – nur noch 69 Prozent. Mit Blick auf das Jahr 2020 sind alle diese Gruppen zversichtlicher, doch bezeichnen immer noch 67 Prozent der Jugendlichen die Arbeitslosigkeit als eine Hauptsorge. Wenig überrascht, dass auch die Problembereiche AHV und Gesundheit in allen drei Generationen die Podestplätze belegen und dass diese Sorgen mit zunehmendem Alter deutlich ansteigen.

Jugend zeigt sich solidarisch

Interpretiert man diese Nennungen – angesichts des stetig steigenden Durchschnittsalters der Schweizer Bevölkerung – als Sorge um die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens und der Altersvorsorge, dann freut man sich über die vergleichsweise tiefen Werte bei den Jugendlichen (nur je 33%). Die grosse Mehrheit der nächsten Generation ist offensichtlich zversichtlich, dass die auf unsere Gesellschaft zukommenden Mehrkosten tragbar sind, und sie sind bereit, solidarisch die Hauptlast dieser Kosten zu tragen.

Die beiden Problembereiche persönliche und soziale Sicherheit sind gegenüber dem Vorjahr erhöht, bewegen sich

aber innerhalb der Generationen im vergleichbaren, bei den Senioren in einem etwas erhöhten Rahmen. Demgegenüber machen sich die Jugendlichen deutlich weniger Sorgen wegen der in der Schweiz lebenden Ausländer als die älteren Generationen.

Generell tiefes Vertrauen in EU

Gerade umgekehrt verhält es sich in Bezug auf die Europäische Union, welche die Senioren nicht mehr im gleichen Masse berührt. Die früher gültige Formel «je jünger, desto EU-freundlicher» funktioniert indes nicht mehr. Das grösste Vertrauen in die EU besitzen die Middle Ager (37%), während die Jugendlichen (32%) näher bei den skeptischen Senioren (29%) liegen. Betrachtet man die vermuteten Hauptsorgen in zehn Jahren, so verschwindet die EU bei den Jugendlichen aus den Top Ten, dies im Gegensatz zu den älteren Schweizern.

Umweltzerstörung und neue Armut finden sich bei allen drei Generationen in den (hinteren) Top-Ten-Rängen, doch bereiten sie den Jugendlichen deutlich mehr Kopfzerbrechen als ihren Eltern und Grosseltern. Und nur die Jugendlichen machen sich mit Blick auf die Zukunft ernsthaft Sorgen um die Umwelt. Die neue Armut hingegen rückt bei allen Generationen zu einer der Hauptsorgen mit hohen Werten auf (Jugendliche 36%, Erwachsene 30%, Senioren 27%). Befürchtet man etwa, dass ein Teil des heutigen unteren Mittelstandes in die Armut abrutschen

könnte? Diese Befürchtung hängt letztlich auch damit zusammen, dass man die Teuerung und die Inflation als klare Zukunftssorge wahrnimmt (27%, 24%, 18%).

Vertrauensvolle 40- bis 50-Jährige

Welche Altersgruppe spricht den untersuchten 18 Akteuren das höchste Vertrauen aus? Es sind, vielleicht überraschend, nicht die Senioren (62%), sondern die 40- bis 50-Jährigen (64%), während die Jugendlichen (55%) am Schluss liegen, bei allerdings deutlich weniger signifikanten Unterschieden als in den Sprachregionen. Das Bild ändert sich nicht, wenn wir die ansonsten nicht näher berücksichtigten Altersgruppen der 30- bis 40-Jährigen (61%), der 50- bis 60-Jährigen (59%) und der 60- bis 70-Jährigen (58%) einbeziehen.

Betrachten wir die Massenmedien, so finden Radio und Fernsehen erwartungsgemäss bei den Senioren die höchste Akzeptanz und die bezahlten Zeitungen bei den Middle Agers. Dass dies aber auch beim Internet und bei den Gratiszeitungen so ist, hätte man wohl nicht unbedingt vermutet. Im Übrigen bringen nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die Senioren den Gratiszeitungen ein (nahezu) gleich grosses Vertrauen entgegen wie den bezahlten Zeitungen.

Senioren mit Wirtschaftspessimismus

Die persönliche wirtschaftliche Situation wird momentan von den Middle Agers deutlich am besten eingestuft, während mehr als ein Fünftel der Jugendlichen für sich eine Verbesserung erwartet. Den Senioren geht es, vereinfacht gesagt, gut und es bleibt gleich. Hingegen befürchtet ein Fünftel von ihnen eine Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Hoffen wir, dass die anderen Generationen, die tendenziell an eine Verbesserung glauben, recht behalten werden. schi

Ausführliche Auswertungen bezüglich Generationen und Sprachregionen finden Sie unter www.credit-suisse.com/sorgenbarometer.

Arbeitslosigkeit ist Hauptsorge aller Schweizer

Die zehn Hauptsorgen der Jugendlichen (18- bis 29-Jährigen), der Erwachsenen (40- bis 50-Jährigen) und der Senioren (über 70-Jährigen).

Jugendliche Erwachsene Senioren

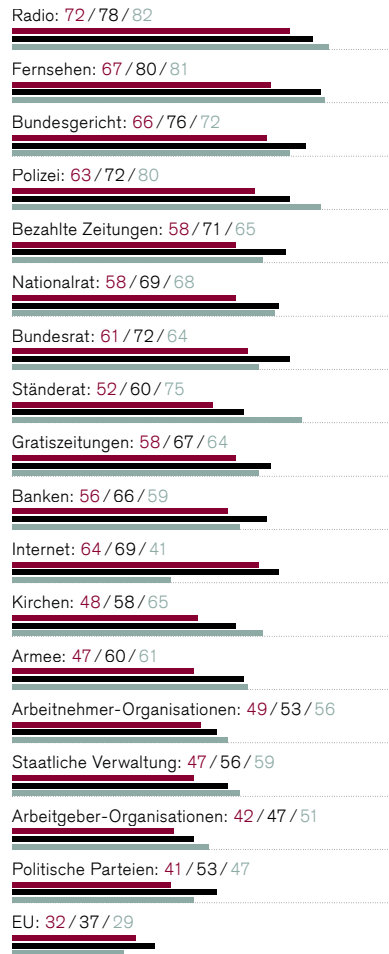


Angaben in %

Ist Vertrauen abhängig vom jeweiligen Alter?

Das Vertrauen in die 18 untersuchten Akteure des öffentlichen Geschehens in Relation zum Alter. Der rote Jugendbalken ist nie der längste!

Jugendliche Erwachsene Senioren



Angaben in %

Für die Sorgenbarometer-Umfrage wurden 1010 Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger befragt. Davon befanden sich 194 im Alter zwischen 18 und 29 Jahren (Jugendliche), 232 waren zwischen 40 und 49 Jahre alt (Erwachsene/Middle Agers), und 114 hatten das 70. Altersjahr überschritten (Senioren). Die übrigen wurden in unserer nicht repräsentativen Untersuchung nicht berücksichtigt.

«Die Schweiz braucht wirklich keinen Komplex zu haben»

Der neue Nationalratspräsident Jean-René Germanier (FDP/VS) ist zuversichtlich für die Schweiz. Sie geht seiner Ansicht nach gestärkt aus der Krise hervor und ist für die kommenden Herausforderungen gerüstet. Er unterstreicht die Bedeutung des finanziellen Gleichgewichts der Sozialversicherungen und warnt vor den Risiken einer politischen Isolation.



Jean-René Germanier ist Nationalratspräsident 2011 und somit formell höchster Schweizer für ein Jahr. Der 52-jährige Önologe und Winzer aus Vétroz nahe Sion übernahm bereits mit 23 Jahren den familieneigenen Betrieb, der preisgekrönte Spitzenweine produziert. Er sitzt seit 2003 für die FDP im Nationalrat und hat deren Agrar- und Verkehrspolitik mitgeprägt. Als Nationalratspräsident will sich der Vater von drei Söhnen für den Zusammenhalt der Schweiz sowie eine lösungsorientierte Arbeit des Parlaments einsetzen.

bulletin: Sie stammen aus einer Walliser Weinbauerndynastie. Warum sind Sie in die Politik eingestiegen?

Jean-René Germanier: Ich habe beides im Blut: Mein Vater war 20 Jahre lang Nationalrat. Ich trat schon früh den jungen Freisinnigen bei, übernahm jedoch mit 23 Jahren das Familienunternehmen und machte dies zu meiner vordringlichen Aufgabe. Erst seit mein Neffe ins Unternehmen eingetreten ist, habe ich Zeit, mich der Politik zu widmen.

Was lernt ein Weinbauer, das er in der Politik nutzen kann?

Wer einen Weinberg anpflanzt, investiert über einen Zeitraum von 40 Jahren. Und es braucht sechs Jahre, bis sich ein guter Wein produzieren lässt. Man lernt also, langfristig zu denken und Geduld zu haben. Zwei Eigenschaften, die auch in der Politik wertvoll sind.

Welches sind für Sie die wichtigsten Probleme der Schweiz?

Die Alterung der Bevölkerung und die langfristige Finanzierung der Sozialversicherungen werden allmählich zum Problem. Mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger hatte die Schweiz die Situation lange Zeit unter Kontrolle, doch die Anstrengungen müssen fortgesetzt werden. Trotz allem kommen bei uns immer noch drei Erwerbstätige für den Ruhestand eines AHV-Bezügers auf, während dieses Verhältnis in Frankreich nur noch 1,7 zu 1 beträgt.

Die Schweiz ist ein weltoffenes Land, und das muss so bleiben. Als Exportland sind wir auf Abkommen und Verträge mit dem Ausland angewiesen, um wirtschaftlich wettbewerbs- und leistungsfähig zu bleiben. Wir dürfen uns dem Ausland gegenüber nicht isolieren, wie es einige populistische Politiker fordern.

Was kann die Politik gegen diese Probleme tun?

Sie muss das Gleichgewicht der Finanzierung und der Leistungen unserer Sozialversicherungen auf Dauer gewährleisten. Dank diesem sozialen Netz konnte das Vertrauen der Schweizerinnen und Schweizer während der schweren Krise,

die wir durchgemacht haben, aufrecht erhalten werden. Die relative Stabilität hat sich positiv auf die Einstellung der Konsumenten ausgewirkt und zur Erhaltung unseres Wohlstands beigetragen. Wir müssen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ebenso von der Notwendigkeit des Handels mit dem Ausland überzeugen.

Trotz des Rückgangs der Arbeitslosenzahl und der Annahme des revidierten Arbeitslosenversicherungsgesetzes (ALV) wird die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr noch mehr befürchtet. Worauf führen Sie dies zurück?

Diese Befürchtungen zeigen, dass die Krise die Schweizerinnen und Schweizer nicht gänzlich verschont hat. Das Stimmvolk hat trotzdem sehr klug reagiert. Das Ja zur Revision der ALV beweist, dass die Bevölkerung verstanden hat, dass das Weiterbestehen dieser Versicherung gewisse finanzielle Opfer erfordert. Gleichzeitig bestätigt es eine erfreuliche Tatsache, die am Sorgenbarometer ablesbar ist: Die Bevölkerung hat Vertrauen in das Parlament.

Die Abstimmung über die ALV-Revision hat jedoch auch einmal mehr grosse Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Schweiz zutage gefördert. Existiert der so genannte Röstigraben eben doch?

Die höhere Arbeitslosigkeit in der Westschweiz und die Bewusstmachung von Problemen wie dem Einkommen von Kulturschaffenden haben das Wahlverhalten der Westschweizer beeinflusst. Dennoch glaube ich nicht an die Existenz des Röstigrabens. Die Mentalitätsunterschiede zwischen Sion und Genf sind so gross wie zwischen Lausanne und St. Gallen. Meiner Ansicht nach gibt es in der Schweiz keine Minderheiten. Oder anders gesagt: Es gibt nur verschiedene Gruppen, die sich für ein gemeinsames Vorhaben zusammenschliessen.

Verärgert Ihr Standpunkt in der Westschweiz?

Ich glaube nicht. Man hat erkannt, dass regionale Probleme nicht mit der Sprache

zusammenhängen. Es ist natürlich viel einfacher, die eigene Region als Opfer darzustellen, was meiner Meinung nach reiner Populismus und schlecht für die Schweiz ist. Man sollte die Westschweiz und die Deutschschweiz einander nicht gegenüberstellen.

Abgesehen von der Arbeitslosigkeit hat die durch die Wirtschaftskrise bedingte Verunsicherung gegenüber 2009 deutlich abgenommen. Ist die Krise überwunden?

Der Verlauf einer Krise ist definitionsgemäss unvorhersehbar. Wir haben jene von 2009 ohne allzu grossen Schaden überstanden. Da wir auf spektakuläre Konjunkturprogramme verzichtet haben, konnten wir die öffentliche Verschuldung im Zaum halten. Heute sind wir besser für künftige Schwierigkeiten gerüstet. Nichtsdestoweniger müssen wir unsere Volkswirtschaft weiterhin stärken und die in den letzten zehn Jahren begonnene Diversifizierung fortsetzen. Es ist wichtig, nicht alles auf eine Karte zu setzen.

Die Personenfreizügigkeit wird zunehmend in Frage gestellt. Kann man von einem neuen Ausländerproblem in der Schweiz sprechen?

Von den Grenzgängern geht ein gewisser Wettbewerbsdruck auf den Arbeitsmarkt aus. Hinzu kommt die wachsende Furcht vor einem Identitätsverlust. Ausländer wecken unterschiedliche Ängste, und dieses Problem tritt in zahlreichen Kombinationen auf. Aber insgesamt hat uns die Personenfreizügigkeit einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung beschert. Ohne sie wären wir weniger wettbewerbsfähig, und die Beschäftigung in unserem Land wäre zurückgegangen. Ich bin sicher, dass die Schweiz stärker unter ihren Kartellen und Monopolen leidet als unter übermässiger ausländischer Konkurrenz.

Der Bilateralismus stecke in einer Sackgasse, ist immer häufiger zu hören. Ist der EU-Beitritt der einzige Ausweg für die Schweiz?

Der EU-Beitritt steht nicht zur Debatte.

Doch alles ist im Wandel begriffen, und man muss sich Optionen offenhalten. Es geht nicht um die Frage, ob man mit der EU Beziehungen unterhält oder nicht, sondern darum, welcher Art diese sind. Die bilateralen Abkommen sind nützlich, und ihre Weiterführung sollte sich auf Fragen beziehen, bei denen ein gegenseitiges Interesse besteht. Die Schweiz bietet viele Arbeitsplätze für Grenzgänger aus der EU, sie realisiert Infrastrukturprojekte wie die NEAT, von denen ganz Europa profitiert, und sie zahlt eine Milliarde in den Kohäsionsfonds der EU ein. Wir brauchen wirklich keinen Komplex zu haben. Die jüngsten Fortschritte bei den Verhandlungen um eine Abgeltungssteuer mit Deutschland und Grossbritannien zeigen, was erreicht werden kann, wenn man standhaft bleibt und nicht sofort klein beigibt.

Welches sind in Ihren Augen die drei grössten Trümpfe der Schweiz?

Unsere Wirtschaftsstruktur, verbunden mit einem hohen Ausbildungs- und Forschungsniveau, die kulturelle Vielfalt und die politische Reife unserer Bevölkerung. Ich finde es grossartig, dass man in der Schweiz auf dem Abstimmungsweg Entscheidungen treffen kann, bei denen nicht persönliche Interessen, sondern das Gemeinwohl im Vordergrund steht.

Welches ist Ihr Hauptziel als Präsident des Nationalrats?

Ich habe mir zum Ziel gesetzt, während meiner einjährigen Amtszeit mindestens einmal mit Leuten aus jedem Kanton zusammenzukommen. Und als Westschweizer ist es mir wichtig, in allen Regionen des Landes präsent zu sein, um den nationalen Zusammenhalt zu fördern. Ausserdem möchte ich mich für eine parlamentarische Tätigkeit einsetzen, die auf die Suche nach Lösungen zugunsten des Landes ausgerichtet ist. Ich bin stolz auf die Wertschätzung, die das Volk der politischen Klasse entgegenbringt. Unser Milizsystem gibt uns einen starken Rückhalt in der Bevölkerung und erlaubt uns, eine Politik der Nähe zu praktizieren.

Michael Krobath und Urs Reich



6,5 Millionen Besucher
13 Museen
Eine Bank,
die sich für Kunst engagiert

Kultur ist uns wichtig – als Denkanstoss, als Herausforderung.
Deshalb unterstützt die Credit Suisse ausgewählte Kulturinstitutionen
langfristig. So zum Beispiel das Kunsthaus Zürich, das Singapore Art
Museum oder die National Gallery in London.

credit-suisse.com/sponsorship

CREDIT SUISSE 